

# Wollen wir die Türkei als Mitglied in der EU?

Die Regierung ist an einem Beitritt Ankaras in die EU interessiert - Die CDU/CSU denkt über andere Modelle der Integration nach - Ein Streitgespräch

**Am 6. Oktober will die EU-Kommission ihren Bericht zur Türkei vorlegen. Von ihm wird abhängen, ob und - wenn ja - wann Verhandlungen mit Ankara zum Beitritt in die EU beginnen sollen. Schon vor Veröffentlichung des Berichtes haben sich Bundeskanzler Schröder und sein Außenminister Fischer für eine zügige Aufnahme der Gespräche mit Ankara ausgesprochen. Sie verweisen auf die gewaltigen Reformanstrengungen der Regierung Erdogan.**

**Die CDU lehnt eine türkische Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union ab und schlägt dagegen eine „privilegierte Partnerschaft“ vor. Über keinen der Vorschläge ist bisher wirklich breit diskutiert worden. DIE WELT versucht die Debatte anzustoßen. In ihren Redaktionsräumen debattierten Friedbert Pflüger (l.), der außenpolitische Sprecher der CDU, und Gernot Erler (r.), Stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag, über die Vor- und Nachteile einer türkischen EU-Mitgliedschaft**

**DIE WELT:** Herr Erler, der Bundeskanzler und die SPD werben für einen Beitritt der Türkei in die EU. Welche Vorteile kann Deutschland, kann die EU aus einem Beitritt der Türkei ziehen?

**Gernot Erler:** Ich sehe in erster Linie Sicherheitsvorteile. Wenn es gelingt, die Türkei zu einem Beispiel einer gelungenen Modernisierung nach europäischem Muster im Verband der EU zu machen, und damit ein Beispiel für andere islamische Staaten zu geben, dann wäre das ein Beitrag zur Verhinderung des Kampfs der Kulturen.

**Friedbert Pflüger:** Wenn man die Frage des EU-Beitritts der Türkei nur unter den sicherheitspolitischen und geopolitischen Gesichtspunkten betrachtet, wozu die Amerikaner sehr neigen, dann wäre ein Beitritt der Türkei in der Tat der richtige Schritt. Ich glaube allerdings, dass wir den Amerikanern sagen müssen, dass die EU mehr ist als eine geopolitische Stabilitätsgemeinschaft. Ich fürchte, dass ein Türkeibeitritt zur Überdehnung der EU führen würde und damit zu ihrer Handlungsunfähigkeit. Das Versprechen, dass man zu Beginn der Beitrittsverhandlungen de facto der Türkei macht, und für dessen Einlösung selbst Herr Schröder und Herr Fischer über zehn Jahre ansetzen, ist nicht verantwortbar, weil wir alle nicht wis-

sen, was in zehn Jahren sein wird; und diejenigen, die heute die Entscheidungen treffen in den Regierungen Europas, müssen in zehn Jahren nicht mehr für die heutige Entscheidung geradestehen.

**Erler:** Die Sicherheitsfrage ist doch nicht nur ein amerikanisches Thema! Die Frage des EU-Beitritts der Türkei ist seit 40 Jahren auf der Tagesordnung Europas. Angefangen 1963 mit dem Assoziierungsabkommen, fortgesetzt 1996 durch die Zollunion, dann über die Entscheidung von Luxemburg und Helsinki; 1997 und 99 ist die Türkei zum offiziellen Beitrittskandidaten gemacht worden, von der EU und ohne jede Einwirkung der USA. Kurz, der Beitritt der Türkei ist ein europäisches Thema. Und ich frage Sie, Herr Pflüger, ob Sie als erfahrener Außenpolitiker nicht auch ein komisches Gefühl kriegen, wenn die EU 40 Jahre lang sozusagen auf Brautschau in Richtung Ankara gegangen ist, und die Braut nun plötzlich zurück stößt.

**Pflüger:** Zunächst einmal ist dieses Versprechen 1963 der Türkei gemacht worden im Hinblick auf eine damals bestehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. Nicht aber auf eine EU, die in weiten Teilen Anspruch erhebt eine politische Union zu sein. Vor allen Dingen wäre der Eindruck falsch, seit 40 Jahren gäbe es ein Versprechen, das wir 40 Jahre nicht eingehalten haben. Die Türkei hat über 40 Jahre hinweg viel zu wenig getan, die europäischen Standards zu erfüllen. Das ist nicht unsere Schuld. Jetzt erleben wir seit gerade zwei Jahren, seit der Regierung Erdogan, einen wirklich ernsthaften Versuch, die Bedingungen der EU in der Türkei umzusetzen. Dabei gibt es, keine Frage, auf dem Papier beachtliche Erfolge. In der Praxis sieht das noch etwas anders aus, wie mir türkische Menschenrechtler sagen. Ich glaube, es wäre jetzt besser, der Türkei zu sagen: keine Beitrittsverhandlungen anstatt weitere Versprechungen zu machen und irgendwann in den nächsten zehn Jahren die Notbremse zu ziehen.

**Erler:** Ich sehe das anders als Sie, Herr Pflüger. Die Regierung Erdogan weiß, dass diese Zusage von 1999 bedeutet, dass am 6. Oktober die EU-Kommission messen wird: Was ist erfüllt von den Kopenhagener Kriterien und was nicht? Unter

Erdogan hat die Türkei zum ersten Mal in ihrer Geschichte, die Hemmnisse der Modernisierung überwunden. Ich meine den traditionellen Kemalismus mit seinen felsenartigen Institutionen, der Armee, dem nationaler Sicherheitsrat, der Staatssicherheitsgerichte und der staatlichen Religionsbehörde. Es ist bemerkenswert und mutig, dass in Erdogan in sieben großen Reformpakten genau an diese Punkte herangeht: Die Armee wird aus dem Staat zurückgedrängt, zum ersten Mal steht ein Zivilist dem nationalen Sicherheitsrat vor, und die Staatssicherheitsgerichte werden aufgelöst. Das sind die Fakten. Dass es noch

Defizite gibt, ist völlig klar. Wenn wir diesen Ansporn für die Reform, die Option für den EU-Beitritt entziehen, würde der entscheidende Motor für diese einzigartige Modernisierung in einem islamischen Staat gefährdet werden.

**DIE WELT:** Sind wir denn der Entwicklungshelfer der Türkei?

**Erler:** Natürlich nicht. Aber es gibt meines Erachtens keinen wirklichen Unterschied zwischen der EU-Strategie gegenüber den anderen Beitrittsstaaten und gegenüber der Türkei. Wir haben identische Angebote, identische Forderungen an die ost- und südosteuropäischen Staaten, die jetzt beigetreten sind oder in zwei bis drei Jahren beitreten werden, wie an die Türkei. Und es ist auch sinnvoll, da keinen Unterschied zu machen. Es geht doch darum, objektiv zu messen: Sind bestimmte Kriterien erfüllt? Das ist die Zusage von 1999 gewesen. Wir werden es objektiv messen und dann wird es entschieden werden. Aber 1999 ist diese Gleichstellung gemacht worden. Da ist gesagt worden: Ihr habt keinen Sonderstatus, d. h. aber auch, ihr seid Beitrittskandidat wie die anderen, ihr werdet daran gemessen, ob ihr diese Fortschritte macht.

**Pflüger:** Ich habe in der Türkei wiederholt gehört, dass man die Modernisierung unabhängig von der EU-Mitgliedschaft vorantreiben will. Wäre es nicht so, wäre die EU-Mitgliedschaftsperspektive der einzige oder entscheidende Reformmotor, dann - entschuldigen Sie - würde ich kein großes Vertrauen in die Zukunft der Entwicklung der Türkei haben. Auch ohne die Perspektive der EU-Voll-

mitgliedschaft wird sich die Türkei langfristig zu einem modernen, offenen Staat entwickeln. Sie soll ja auch eine europäische Perspektive bekommen, und das Angebot der privilegierten Partnerschaft. Aber es geht auch um die EU dabei. Ich meine die Überforderung der EU. Wir haben gerade zehn Staaten aufgenommen in die EU. Rumänien, Bulgarien und Kroatien haben ebenfalls die Zusage zu einer Mitgliedschaft. Die EU wird bald 28 Mitglieder haben. Jetzt ein 29. hinzuzunehmen, wo der Beitritt der zehn noch nicht annähernd verkraftet ist, könnte eine Tendenz zur Desintegration der EU heraufbeschwören. Und dass sie sich auf eine Politik einlässt, die sie nicht wirklich beurteilen kann, das ist ein zu großes Risiko. Wenn wir eine EU haben wollen, die handlungsfähig ist, und das wollen wir doch alle miteinander, dann muss man auch den Mut haben, die Grenzen der EU zu definieren.

**Erler:** Ich muss schon sagen: dieses Argument der Überforderung ist in einem Punkt unredlich. Und zwar da, wo so getan wird, als ob die EU kurz davor stünde die Türkei aufzunehmen. Wir reden davon, dass im Dezember dieses Jahres die EU einen Beschluss fasst, Verhandlungen zu beginnen. Selbst in der Türkei rechnet niemand damit, dass das kürzer als 15 Jahre dauert. Wir reden von einem möglichen Beitritt der Türkei in die EU im Jahr 2020. Jetzt frage ich Sie mal: wenn man den frühesten Zeitpunkt mit den Kopenhagener Kriterien nimmt, als Ausgangspunkt, als Startpunkt für die EU-Erweiterung, dann hat es von der Definition der Kopenhagener Kriterien bis zum 1. Mai 2004 elf Jahre gedauert. Es ist nicht anständig, heute von einer Aufnahmefähigkeit der EU zu reden, wenn wir in Wirklich damit Prognosen über eine EU im Jahr 2020 machen müssen.

**Pflüger:** Ich bedaure, dass Sie mit Vokabeln wie: „unredlich“ kommen. Es ist doch legitim zu fragen: Was ist in unserem Interesse? Und eines der Kopenhagener Kriterien, von denen Sie eben gesprochen haben, ist eben die Aufnahmefähigkeit der EU. Und warum müssen wir jetzt...

**Erler:** ... Wieso jetzt? Es geht um das Jahr 2020.

**Pflüger:** Herr Erler, wir haben doch alle die Erfahrung gemacht, dass in dem Moment, in dem man Verhandlungen beginnt, die Politiker und Botschafter bei uns auf der Matte stehen und sagen: Jetzt habt

ihr mit uns Verhandlungen begonnen, wann werden sie endlich abgeschlossen werden. Dass man einen solchen Prozess 15 Jahre hinziehen kann, glauben Sie als ebenfalls erfahrener Außenpolitiker doch nicht wirklich. Die Türkei ist ein gewaltiges Land. Sie würde zu dem Zeitpunkt, den Sie angeben, also 2020, das bevölkerungsreichste Land der EU sein. Was bedeutet das finanziell, was bedeutet das für die Institutionen der EU? Wie können wir die enorme Rückständigkeit in weiten Teilen Anatoliens auffangen? Über diese Fragen und über die Fragen der Kosten der Angleichung etwa der 12 Millionen Landwirte in der Türkei, darüber müssen wir auch reden.

**Erler:** Ich wundere mich jetzt doch etwas, dass der Außenpolitiker Pflüger quasi mit einer Krämerseelenargumentation kommt, z. B. was die Kosten angeht. Gerade Ihnen müsste doch klar sein, und deswegen muss ich jetzt noch mal auf das Sicherheitsargument kommen, dass die gesamten Kosten, die für die EU entstehen können im Laufe dieser 15 Jahre, einer Vorbeitragsstrategie der Türkei, gut investiertes Geld sind, wenn wir dafür im Nahen Osten eine stabile Türkei bekommen.

**DIE WELT:** Ist für strategische Fragen nicht die Nato zuständig?

**Erler:** Die Nato kann alles Mögliche, und sie hat ja auch gute Erfahrungen mit der Türkei gesammelt. Sie kann nur nicht dieses Modell eines islamischen Staates, der eine gelungene Modernisierung in Kooperation mit dem Westen, als künftiger Teil der EU voranbringt, mobilisieren. Das kann nur die EU. Und zum Kostenargument: Wenn die Stabilisierung schief geht, und wir dadurch dem Kampf der Kulturen näher kommen, dann werden viel, viel größere Belastungen auf uns zukommen – und nicht nur militärischer Art. Gelingt die Aufnahme eines islamischen Staates wie die der Türkei wäre das ein enormer Gewinn für die westlichen Sicherheitsinteressen.

**Pflüger:** Natürlich ist der Einwand von Herrn Schuster richtig, dass für Fragen der Geostrategie in erster Linie die Nato zuständig ist. Außerdem muss man bedenken, dass die Türkei für die arabische Welt einen eher begrenzten Modellcharakter hat. Ich glaube wir könnten auch mit einer privilegierten Partnerschaft genau das erreichen, was Sie wollen, nämlich die Türkei langfristig an das europäische Projekt binden.

**Erler:** Mich sollte wundern, wenn die AKP mit diesem Konzept der privilegierten Partnerschaft einverstanden ist. Aber interessant ist ja, dass das, was Sie da sagen eigentlich eine Hirngeburt der CDU ist. In keinem EU-Beschluss ist das Wort „privilegierte Partnerschaft“ bisher auch nur vorgekommen. Im Dezember wird die EU schlicht und einfach entscheiden: Reichen die Kriterien aus, um zu sagen: Ja, wir beginnen mit Verhandlungen. Vielleicht sagt sie aber auch „nein“; oder, wir beginnen später.

**Pflüger:** Herr Erler, falls Sie es nicht wissen sollten: die CDU regiert noch nicht in Deutschland. Dennoch ist sie die stärkste Partner innerhalb der Europäischen Volkspartei, und das Konzept der privilegierten Partnerschaft von Angela Merkel haben die französischen Parteifreunde – etwa Herr Sarkozy oder Herr Juppé – übernommen. Sie wissen, dass es meine Partei für falsch hält, ab 2005 zu verhandeln. Für den Bundeskanzler steht das ja schon fest, obwohl der Bericht der EU-Kommission ja noch gar nicht veröffentlicht wurde.

**DIE WELT:** Herr Erler, wie sehen denn Ihre Optionen aus, falls die Türkei nicht in die EU käme?

**Erler:** Ich würde einen Glaubwürdigkeitsverlust für die EU sehen, wenn der Türkei nach 40jährigen Versprechungen in letzter Minute die Tür zugeschlagen wird, oder sie nur einen Spalt öffnet und das dann privilegierte Partnerschaft nennt. Das wäre für mich gleichbedeutend mit einer Zurückweisung. Und das würde der Glaubwürdigkeit der EU erheblich schaden. Deswegen bin ich übrigens auch fest davon überzeugt, dass in irgendeiner Form die EU-Kommission im Dezember einen positiven Beschluss fassen wird. Im Grunde gibt es dazu gar keine Alternative.

**Pflüger:** Warum wehren sie sich, über ein solches Modell zumindest nachzudenken? Der stellvertretende Generalsekretär der türkischen AKP, der Partei Erdogans, hat im Juli gegenüber Laurenz Meyer erklärt, dass er sich eine privilegierte Partnerschaft am Ende gut vorstellen könnte.

**Erler:** Ich halte aus den sachlichen Gründen, die ich hier genannt habe, dieses Instrument für völlig untauglich, um das Ziel zu erreichen, die optimale Unterstützung und die optimale Motivierung für diesen spezifischen türkischen Modernisierungsprozess zu gewährleisten. Das wird von der privilegierten Partnerschaft, die als eine

zweitbeste Lösung in der Türkei betrachtet wird, nicht ausgehen.

**DIE WELT:** *Lässt sich eine europäische Identität mit einem Mitglied Türkei vereinbaren?*

**Pflüger:** Das sind wir wieder bei meinem Argument der Überforderung. Ich glaube nicht, dass die EU ein christlicher Club ist, oder sein sollte. Dennoch muss man sagen, dass es jetzt schon schwer ist mit 25 Mitgliedern so etwas wie eine europäische Identität zu entwickeln. Wie viel schwerer wird es sein, wenn einmal die Türkei, dann das bevölkerungsreichste Land der EU, als muslimischer Staat dazu gehört. Wir können nicht so tun, als ob es kein Thema und kein Problem wäre. Die Überforderung ist finanzieller und institutioneller Natur. Aber sie ist eben auch eine Frage der europäischen Identität. Was ich fürchte ist die Desintegration der EU, die sich heute schon in manchen Bereichen – etwa beim Stabilitätspakt – andeutet.

**Erler:** Die Frage ist nur: an welchen Kriterien soll sich die Identität entscheiden? Soll sie sich an Religion, an Ethnien entscheiden, oder soll sie sich an einem Wertekanon

gesellschaftlicher Art entscheiden. Und ich glaube, dass es weltpolitisch bedeutsam ist, wenn die EU die Entscheidung trifft – ganz bewusst – wir bauen unsere Identität nicht auf ethnischen Gesichtspunkten, nicht auf religiösen Gesichtspunkten auf, sondern auf einem europäisch geprägten Wertekanon. Und ein Land, das vielfältig mit der Geschichte Europas verbunden ist, wie die Türkei, bekommt eine Chance Mitglied zu werden, wenn sie diesem Wertekanon nicht nur formal übernimmt, sondern wenn sie sich ihn zu eigen macht und ihre eigene Gesellschaft danach weiterentwickelt.

**Pflüger:** Dennoch lässt sich sagen: Jetzt machen wir in der EU zunächst einmal eine Pause mit dem Erweiterungsprozess und konsolidieren uns. Und noch einmal zur Identität: Herr Erler, Sie können doch nicht bestreiten, dass es zu Problemen kommen könnte, wenn irgendwann 80-90 Millionen Muslimen auf einen Schlag in die EU kommen. Im Übrigen wissen wir doch beide, dass wir zwar einen Erdoganschen Reformprozess haben. Gleichzeitig aber haben wir

auch eine Islamisierung des Alltagslebens in der Türkei, mit viel mehr Kopftüchern als noch vor wenigen Jahren, um nur ein äußeres Merkmal zu nutzen. Übernehmen wir uns mit all diesen Problemen nicht? Warum gehen wir nicht vorsichtiger an diesen Prozess heran, indem wir eben erst in Richtung privilegierter Partnerschaft gehen? Und wenn sich dann alles bewahrheitet, wie Sie das in Ihren optimistischen Prognosen darstellen, dann können wir doch in 10 oder 15 Jahren über Weiteres gerne noch reden.

**Erler:** Ich bleibe dabei: Die privilegierte Partnerschaft ist eine Moglepackung, die als Zurückweisung interpretiert würde. Zudem würde eine Ablehnung erhebliche Risiken für die Zukunftsentwicklung der ganzen Nahostregion bringen und das Verhältnis der EU zur islamischen Welt belasten.

*Das Gespräch moderierte Jacques Schuster.*